

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 03/2010

KEINE SANIERUNG AUF KOSTEN DER GEMEINDEN

Die EVP lehnt die Revision der Arbeitslosenversicherung ab, weil ein Drittel der Einsparungen bloss zu den Gemeinden und Städten verschoben wird. Die Versicherung soll die Erwerbslosigkeit wirksam abfedern und nicht die Sozialhilfe belasten.

MAJA INGOLD,
NATIONALRÄTIN

Die Arbeitslosenversicherung ist mit rund 7 Milliarden verschuldet und überschreitet die geltende Schuldenobergrenze. Mit der vorgeschlagenen Revision soll deshalb der Beitragssatz von 2 auf 2.2 Prozent erhöht und das Solidaritätsprozent auf Einkommen über dem maximal versicherten Verdienst wieder eingeführt werden. Das bringt jährlich rund 600 Millionen Mehreinnahmen. Ein ähnlich hoher Betrag soll durch Leistungskürzungen eingespart werden. Doch das reicht nicht für eine solide Finanzierung. Die Schuldentilgung erfolgt im Schneckentempo und dauert bei einer optimistischen Wirtschaftsprognose 18 Jahre.

Mehrkosten für die Gemeinden bei der Sozialhilfe

Am folgenreichsten ist die Kürzung der Taggelder: bisher gab's ab 12 Monaten Beitragszeit 400 Taggelder. Neu sind dazu 18 Monate Beitragszeit notwendig. Für ältere Arbeitnehmende, die meist kaum mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, gibt es erst nach 24 Monaten eine Verlängerung auf 520 Tage. Diese Verschärfungen gehen völlig an den Realitäten des Arbeitsmarktes vorbei. Dort ist seit Jahren mehr Flexibilität gefordert und das

Risiko, arbeitslos zu werden, nimmt vor allem für weniger Leistungsstarke entsprechend zu. Weiter kann die Bezugsdauer in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr wie bis anhin auf generell 520 Tage verlängert werden, obwohl einzelne Regionen nach wie vor weit über dem Durchschnitt liegen.

Bereits mit der letzten Revision wurden die Taggelder reduziert. Man hat argumentiert, dass die Leute sich einfach etwas früher wieder um Arbeit bemühen werden. Das war zynisch und ist auch nicht eingetroffen. Sondern die Fallzugänge bei der Sozialhilfe sind hochgeschwollen. Auch jetzt wird ca. ein Drittel der versprochenen Einsparungen bei den Gemeinden als zusätzliche Kosten wieder anfallen, zumal die vorgeschlagenen Instrumente zur Wiedereingliederung keine nennenswert neue Quote erwarten las-

sen. So darf sich der Bund nicht aus der Verantwortung stehlen.

Kahlschlag bei den Beitragsbefreiten

Allen Ausbildungs- und Studienabgängerinnen und -abgängern sowie allen Personen, die wegen Mutterschaft, Krankheit, Unfall, Trennung oder Scheidung von der Beitragszeit befreit waren, wird die Bezugsdauer von 12 Monaten auf rund 4 Monate (90 Taggelder) verkürzt. Dieser Kahlschlag bedeutet faktisch den Ausschluss aus der Arbeitslosenversicherung. Schliesslich wird der bewährte Zwischenverdienst abgewertet. Wer arbeitslos ist und einen schlecht bezahlten Zwischenverdienst annimmt, erhält nachher ein tieferes Taggeld.

Was geschieht bei Ablehnung?

Falls die vorliegende Revision abgelehnt wird, muss der Bundesrat gemäss geltendem Gesetz den Beitragssatz auf 2.5 Prozent erhöhen, einen Solidaritätsbeitrag auf den Einkommen über 126 000 Franken einführen und dem Parlament innert Jahresfrist eine neue Revision unterbreiten. Das wird die Chance bieten, die Finanzierung der ALV auf eine solidere Basis zu stellen. Die Delegierten der EVP haben deshalb in Solothurn mit 75 zu 17 Stimmen die Nein-Parole zu dieser Revision der Arbeitslosenversicherung beschlossen.



Maja Ingold wehrt sich für die Städte und Gemeinden.

KOMMENTAR

Seit der Abkehr von der Zauberformel (SP, CVP, FDP je 2, SVP 1 Vertreter) herrscht bei Bundesratswahlen Polittheater statt seriöse Auswahl der für die Landesregierung am besten Geeigneten. Fazit im Tages Anzeiger: «Das Theater hat uns unterhalten, doch dem Land bekommt es nicht. Die Schweiz braucht wieder politische Stabilität.»

Die erstarkte SVP bekam 2003 zu Recht einen zweiten Sitz. Seither lautet die Faustregel: 2 Sitze für die SVP, 3 für die Mitteparteien, 2 für die SP. 2007 hat die Bundesversammlung Eveline Widmer-Schlumpf statt Christoph Blocher gewählt. Dass sich die SVP darüber ärgert, ist verständlich. Dass sie ihre Bundesrätin anschliessend aus der Partei warf, kindisch und absurd.

2007 wurde der Anspruch der SVP nicht verletzt. Sie ist selber schuld, dass sie nicht mehr mit 2 Sitzen vertreten ist und hat deshalb bei der Leuenberger/Merz-Nachfolge nichts zu bestellen.

Gemäss der Formel 2-3-2 muss früher oder später jemand aus dem Mittequartett (Leuthard, Burkhalter, Widmer-Schlumpf, Merz-Nachfolge) ausscheiden. Ob bereits im Dezember 2011 oder erst später hängt auch von den Kandidaten der SVP ab: Nur eine SVP, welche Regierungsverantwortung übernehmen will, hat Anspruch darauf, in der Regierung vertreten zu sein.

Denkbar wäre auch: 2 SP, 2 SVP, 1 CVP, 1 FDP. Der 7. Sitz könnte je nach Personal und Eigenschaft an BDP, glp, Grüne – oder auch mal an die EVP gehen.

Joel Blunier, Generalsekretär

Frauen in der EVP

Der 13. September 2010 ist für die EVP ein historischer Tag. Von diesem Datum an bildet Marianne Streiff mit Maja Ingold die hundertprozentige Frauenvertretung im Nationalrat. Allerdings dauerte es mehr als 38 Jahre seit der ersten Frauenwahl auf Bundesebene, bis es eine EVP-Vertreterin schaffte. Bereits 1971 wurde zwar Verena Bräm (1932) 1. Ersatz auf der EVP-Liste des Kantons Zürich; sie wurde später die erste EVP-Frau im Obergericht des Kantons Zürich.

Weil Basel-Stadt bereits 1968 (Bund und die meisten Kantone 1971) das Frauenstimmrecht einfuhrte, wurde die Baslerin Hedwig Vogt-von der Crone (1915) die erste Grossrätin aus unseren Reihen. Bereits bei den ersten Wahlen mit Frauenstimmrecht wurden in mehreren Kantonen EVP-Frauen in die Kantonsparlamente gewählt. Während meiner ersten Periode im aargauischen Grossen Rat (1973 - 77) sass ich zwischen der Pfarrerin Hanna Wüest (1919) und der Lehrerin Gertrud Keller (1924).

Erste EVP-Ratspräsidentin eines grossen Stadtparlamentes wurde Maria Schär (1926), die bereits 1971 ins Berner Stadtparlament gewählt wurde, schliesslich Grossrätin und 1983 1. Ersatz auf der Nationalratsliste wurde. Am 26. Juli 2010 feierte Helene Zwygart, Ehefrau resp. Mutter der Nationalräte Otto Zwygart sen. und jun. ihren 100. Geburtstag. Sie wurde wie mehrere Frauen bereits vor Einführung des Frauenstimmrechtes Mitglied der EVP.



Ed Rieben

Ich freue mich sehr, dass ich alle genannten Frauen und viele andere, welche die EVP prägten und heute in leitenden Aufgaben sind, persönlich kennen durfte resp. darf. Frauen und Männer arbeiten in der EVP ganz selbstverständlich zusammen.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Ich denke die Zeit wäre reif, dass die Stimmberechtigten sich sagen: «So, jetzt zurück zur Vernunft! Jetzt stärken wir die konstruktiven Kräfte.»»

EVP-Nationalrat Walter Donzé im Interview mit dem «Berner Info». In den letzten Jahren hätten die Parteien rechts und links zunehmend durch Spektakel die Aufmerksamkeit gesucht. Dies habe dazu geführt, dass mancher gute Vorschlag abgelehnt worden sei, nur weil er aus der falschen Ecke kam.

«Wollen Sie die EMRK kündigen oder nicht, ja oder nein?»

Die erste Wortmeldung im Parlament von EVP-Nationalrätin Maja Ingold am 2. Juni 2010 während der Debatte zur Ausschaffungsinitiative. Mit der Frage an SVP-Nationalrätin Natalie Rickli zeigt Ingold: Wer die Ausschaffungsinitiative durchsetzen will, hebt gleichzeitig die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) aus. Rickli weicht mit der Antwort aus.

«Die Gutachtitis ist ein Riesenübel. Wer liest all das Papier? Für was haben wir denn gut bezahlte Chefbeamte?»

Alt-Nationalrat Hans Oester zum Konsolidierungsprogramm des Bundes. Er will den Beratungsaufwand deutlich reduzieren. Er sei nie wert, was er koste. Zu oft werde mit den teuren Aufträgen letztlich Banales aufbereitet.

PAROLE DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 19. Juni 2010 in Solothurn für die Abstimmung vom 26. September 2010:

Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)

NEIN

AUS DEM INHALT

**Happiger Start für Maja Ingold:
Eine reich befrachtete Sommersession** 4

**Neuer Religionsartikel:
EVP setzt auf parlamentarische statt auf Volksinitiative** 5

**Tiefere Prämien:
EVP will eine Einheitskrankenkasse** 5

**Personelle Wechsel:
Silvia Hyka und Therese Dietiker verlassen die EVP** 7

VON WINTERTHUR NACH BUNDESBERN

Maja Ingold, bis vor kurzem Sozialvorsteherin von Winterthur, ist die erste Nationalrätin der EVP. Die Nachfolgerin von Ruedi Aeschbacher über ihre erste Session und ihre neue Aufgabe. Schwerpunkte setzen will sie in der Sozial- und Gesundheitspolitik.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Maja Ingold, Du bist die erste Nationalrätin der EVP.

Eine besondere Ehre! Und es wird ja gar nicht lange dauern, bis eine zweite Frau kommt. Schon in der nächsten Session wird Marianne Streiff für Walter Donzé nachrücken. Dann sind wir die erste Partei, die in Bern zu 100 Prozent mit Frauen vertreten ist.

Deine erste Session im Nationalrat hatte es in sich.

Das kann man sagen. Klimapolitik, Ausschaffungsinitiative, Abzockerinitiative, UBS-Staatsvertrag, um nur einige der Geschäfte zu nennen. Das CO2-Gesetz kam mit einer langen Vorgeschichte und ca. 70 Minderheitsanträgen an meinem ersten Tag in den Rat. Für den schnellen Durchblick und Einstieg denkbar ungeeignet. Doch auch erfahrene Ratskollegen gestanden,

Die ersten Vorstösse von Maja Ingold

«Mit einer ersten Motion verlange ich ein Label für Firmen, die Nischenarbeitsplätze schaffen, das ihnen auch bei öffentlichen Ausschreibungen helfen soll. Der Bedarf an Arbeitsplätzen für weniger leistungsfähige Menschen ist heute riesig. Wir müssen der Wirtschaft Anreize bieten, damit sie ihren Teil beiträgt. Ansonsten scheidet die 6. IV-Revision, die nochmals viele tausend Rentnerinnen und Rentner in den Arbeitsmarkt integrieren möchte. Mit einer zweiten Motion will ich spielsuchtfördernde Lotteriematrosen in die Spielbanken verbannen.



Maja Ingold, erste Nationalrätin der EVP.

dass sie in den schwierigen Abstimmungskaskaden zuweilen fast den Faden verloren hätten.

Bei der Weiterführung der Anstossfinanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung mit 120 statt mit 80 Millionen Franken konnte ich den Ausschlag geben: Mit meiner Stimme kam es zum Stichentscheid der Präsidentin. Ein Geschäft, das mir persönlich in meinem familienpolitischen Engagement am Herzen liegt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter gefördert werden.

Im Stadtrat von Winterthur galt es gemeinsam Lösungen zu finden, im Nationalrat steht die Profilierung manchmal vor der Sache.

Die Art der Entscheidungsfindung ist in der Tat zwiespältig. Da werden grundsätzliche Menschenbilder und Weltanschauungen einander unversöhnlich gegenübergestellt, ohne dass man sich in einem

Grundkonsens findet. Nachhaltig erschüttert hat mich das Menschenbild einiger Ratsmitglieder. Beispiel Ausschaffungsinitiative: Alle Menschen haben Grundrechte, aber jene der Ausländer sollen weniger gelten, weniger schützenswert sein? In was für einem Rechtsstaat leben wir denn?

Welche Schwerpunkte setzt Du?

In der Sozial- und Gesundheitspolitik bleibt noch viel zu tun. Es genügt nicht, die Bundesgesetze wie die IV zu sanieren und zu diesem Zweck Betroffene aus der Versiche-

rung auszugrenzen, sprich die Renten zu streichen. Ein wichtiges Anliegen ist mir der Landschaftsschutz, die Biodiversität und die Bewahrung der Schöpfung, damit auch unsere Kinder menschenfreundliche Lebensräume vorfinden werden.

Schon in Deiner ersten Session hast Du einen Einzelantrag eingereicht.

Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen hat heute ungesunde Formen angenommen. Wir müssen ihn dort begrenzen, wo er unfair wird und die Teilnehmer nicht mehr mit gleich langen Spiessen operieren können. Deshalb wollte ich bei der Steuergerechtigkeitsinitiative den Bundesrat beauftragen, mit einem Gegenvorschlag den immer ruinöseren Steuerwettbewerb zu beschränken. Die Initiative selbst ist möglicherweise nicht das optimale Instrument und nur schwer umsetzbar. Doch für die Ratsrechte gilt der Steuerwettbewerb als «Säule unseres Staatsverständnisses» – da gelten für mich andere Leitplanken.

Was bedeutet Dir das «E» der EVP?

Ohne Verankerung im Evangelium könnte ich nicht politisieren. Das Menschenbild der Bibel ist meine Grundlage, um mit Menschen umzugehen und politische Lösungen zu finden.

Wie bringst Du Glaube und Politik unter einen Hut?

Das ist für mich sowieso nur ein Hut. Mein Menschenbild, meine Haltung, mein Umgang mit andern Menschen: Für mich gibt es nicht zwei Seiten einer Medaille. Politik und Glaube gehören für mich zusammen. Das ist nicht immer einfach. Diese Erfahrung macht jeder Mensch, der Jesus Christus nachfolgen will. Doch jeder Christ soll sich bewusst sein, dass er mit seinem Leben auch Politik macht.

Maja Ingold, 62

verheiratet, drei erwachsene Kinder, Lehrerin langjähriges Engagement in Kirchenpflege und Kirchensynode, Gemeinde- und Verfassungsrätin, 2002 - 2010 Departementsvorsteherin Soziales in Winterthur, seit 31. Mai 2010 Nationalrätin Hobbys: Musik machen und Musik hören, Skitouren, Klettern, gesellschaftspolitischer Diskurs



Einsichten

Ich nehme an der Pfarrkonferenz teil, die der Synodalrat der Kirche Bern/Jura/Solothurn alle zwei Jahre durchführt. Vorletztes Jahr ging es um den interreligiösen Dialog und um die Frage, wie wir als Christen die Beziehung zum Islam einigermaßen passend und dialogfähig umschreiben könnten. Dieses Jahr hat die Konferenz den Sonntagsgottesdienst zum Thema. Man hat besorgt zur Kenntnis genommen, dass er in vielen Kirchgemeinden aus Spargründen zum Streichposten geworden ist und will Gegensteuer geben. Endlich! Endlich beschäftigt sich die Kirche wieder mit ihrem Kerngeschäft. Bereits im Vorfeld wurde bekannt, dass sich die bernische Landeskirche in absehbarer Zeit wieder ein Bekenntnis geben wolle.

Als «frommer» Pfarrer freue ich mich über diese Entwicklung, auch wenn sie wohl hauptsächlich durch den Markt herbeigeführt worden ist: Wer nicht profiliert auftritt, hat schlechtere Karten im Konkurrenzkampf der religiösen Anbieter. Dennoch: Es ist schön, hinsichtlich der eigenen Wünsche, Anliegen und Forderungen auch einmal recht zu bekommen.

Ich stelle mir vor, dass es Christen in der Politik ähnlich geht: Lange Zeit stehen sie vorherrschenden Meinungen frontal entgegen, irgendwann wendet sich dann der Trend und bestätigt überraschend ihre Position. Das macht die Schweiz noch nicht unbedingt christlicher. Aber es bestärkt uns in unserer Verpflichtung, uns in Gottes Namen manchmal auch für etwas Unzeitgemässes einzusetzen.

Alex Kurz,
Pfarrer, Schriftsteller und Bandmitglied der «Schweizer Power»

SESSION HAT ES IN SICH

Vier Volksinitiativen und der Politzirkus um den Staatsvertrag: eine happige letzte, bzw. erste Session für Walter Donzé (EVP, BE) und Maja Ingold (EVP, ZH).

(nh). Beim **CO2-Gesetz** vermisst die EVP den Biss: hehre Reduktionsziele bringen nichts ohne konkrete Massnahmen wie die Ausweitung der CO2-Abgabe auf Treibstoffe.

Die EVP lehnt die **Ausschaffungsinitiative** ab und stimmt dem Gegenvorschlag zu, weil er klare Kriterien für eine einheitliche Praxis in den Kantonen schafft. Sie unterstützt auch die damit verknüpften Integrationsbestimmungen.

Die EVP bejaht die **Abzockerinitiative wie auch den direkten Gegenvorschlag**. Die Stimmberechtigten sollen sich zur Boni-Frage äussern können. Doch der Ständerat will einen indirekten Gegenvorschlag und verzögert die Abstimmung. Weil es auch in Zukunft hohe Saläre geben wird, ist eine **Boni-Steuer** für die EVP unerlässlich.

Die EVP stimmt dem **Staatsvertrag mit den USA** zähneknirschend zu, obwohl er mit dem Schönheitsfehler der rückwirkenden Anwendung behaftet ist. Doch ein Nein birgt grössere Risiken. Nach zahlreichen Pirouetten der SVP und erpresserischen Forderungen von

links und rechts nimmt das Parlament seine Verantwortung wahr.

Derweil wirft die **Staatsrechnung** keine Wellen und wird von den Medien nicht beachtet. Der gute Abschluss ist absolut erfreulich und verringert die Schulden des Bundes um 2.7 Milliarden Franken.

Mit der parlamentarischen Initiative **«Einheitliches Kindergeld statt Subventionswirrwarr»** will EVP-Nationalrat Walter Donzé alle Steuerabzüge, Zulagen und Subventionen zugunsten von Familien durch ein einheitliches Kindergeld ablösen. Die Mehrheit des Parlaments scheut das Reformprojekt. Mit 77 zu 101 Stimmen erzielt Donzé aber einen Achtungserfolg.

EVP-Nationalrätin Maja Ingold fordert einen Gegenvorschlag zur **Steuergerechtigkeitsinitiative**, welcher den heute schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen einschränkt. Sie kann 36 Parlamentarier auf ihre Seite ziehen.

Der **Fonds Landschaftsschutz** wird mit 50 Mio. weitergeführt. Er dient der Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften.

Trennung von Zivildienst und -schutz

Nebst seiner parlamentarischen Initiative für einen neuen Religionsartikel (vgl. Artikel rechts) reicht Nationalrat Walter Donzé in seiner letzten Session weitere Vorstösse ein. Mit zwei Postulaten regt er eine klare Aufgabenteilung zwischen Zivildienst und Zivilschutz an, welche zunehmend in denselben Bereichen tätig sind. Ein neuer Name für den Zivildienst soll die Verwechslungen minimieren.

Neuer Anlauf für Erdbebenversicherung

Donzé will wissen, weshalb es mit der flächendeckenden Erdbebenversicherung nicht vorwärts gehe. Sie könnte an der mangelnden Solidarität scheitern.

Sparen im Web

Mit einem Postulat lädt Donzé den Bundesrat ein, das Sparpotential bei der Webkommunikation des Bundes zu prüfen. Bei den hervorragend, aber teuer gestalteten Internetauftritten von Bundeskanzlei und Parlamentsdiensten bestünden eventuell Doppelspurigkeiten.

Die ersten Vorstösse von Maja Ingold: siehe Kasten auf Seite 3.

EVP IN AKTION

Für einen sauberen Finanzplatz

In einem Positionspapier fordert die EVP einen Informationsaustausch mit den EU-Staaten, die Legalisierung der unversteuerten Vermögen auf dem Verhandlungsweg, strenge Eigenkapitalvorschriften für Banken und Versicherungen sowie eine Boni-Steuer auf allen Vergütungen über einer Million Franken. Das Papier ist auf www.evppv.ch > Politik > Positionen zu finden.

Kinder haben Recht auf Vater und Mutter

Eine Petition fordert die Adaption für gleichgeschlechtliche Paare. Damit würde dem Kind vorsätzlich der Vater oder die Mutter vorenthalten. Das lässt sich für die EVP mit Blick auf die vielen adoptionswilligen Ehepaare durch nichts rechtfertigen. Das Wohl des Kindes hat Vorrang vor dem Wunsch der gleichgeschlechtlichen Paare.

EVP bejaht Konsolidierungsprogramm

Mit einem Konsolidierungsprogramm will der Bund 2011 bis 2013 rund 1.5 Milliarden sparen. Die EVP unterstützt das Sparpaket, weil ihr der Schuldenabbau ein wichtiges Anliegen ist. Sie fordert den Bundesrat aber auf, im Eigenbereich der Verwaltung deutlich mehr zu sparen: beim Beratungsaufwand («Gutachtitis»), bei den Kommunikationsabteilungen und bei der Informatik. Keine Einschnitte will die EVP im Umweltschutz und bei der Entwicklungshilfe.

EVP VERZICHTET AUF VOLKSINITIATIVE

Nach einer Vernehmlassung in der Partei und bei kirchlichen Organisationen hat der Zentralvorstand auf eine Volksinitiative für einen neuen Religionsartikel verzichtet. Nationalrat Walter Donzé lanciert gleichzeitig die Debatte mit einer parlamentarischen Initiative.

(nh). Der Zentralvorstand der EVP hat am 19. Juni in Solothurn beschlossen, auf die Lancierung einer Volksinitiative für einen Religionsartikel zu verzichten. Eine Vernehmlassung bei Parteigremien und kirchlichen Organisationen hat gezeigt, dass ein neuer Religionsartikel in der

Verfassung zwar als nötig erachtet wird, die Meinungen über seine konkrete Ausgestaltung aber auseinander gehen. Ohne breite Unterstützung aller Kantonalparteien und kirchlichen Verbände will der Zentralvorstand das grundsätzlich geteilte Anliegen nicht gefährden.

Religionsfrieden schützen

Gleichzeitig hat Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) die Diskussion über einen neuen Religionsartikel in Bundesbern lanciert. Mit seiner parlamentarischen Initiative will Donzé die Verfassung und die Gesetze so ändern, dass bewährte christliche und freiheitliche Werte in einer sich wandelnden Gesellschaft nachhaltig geschützt werden, die Schweizer Rechtsordnung respektiert wird und der Religionsfriede gewährleistet ist. Es sei nicht Aufgabe des säkularen Staates, Religion zu organisieren, wohl aber den inneren Zusammenhalt, den Religionsfrie-

den, die Freiheitsrechte und die Menschenwürde zu gewährleisten. «Wenn Glaubensfragen politisiert werden, droht eine Radikalisierung der Gesellschaft und aus deren Abwehr eine Verbotskultur», beobachtet Walter Donzé. Die Religionsfreiheit sei in der Verfassung so zu präzisieren, dass jedes Individuum seine Religion oder sein weltanschauliches Bekenntnis frei wählen, ausüben, kommunizieren und wechseln darf und dass es den Schutz des Staates genießt, wenn es deswegen von extremen Kreisen benachteiligt oder verfolgt wird.

Friedliche Koexistenz

«Die Religion darf nicht aus der Öffentlichkeit verbannt werden. Sondern unsere angestammten christlichen Werte sollen in einer friedlichen Koexistenz der Bekenntnisse geschützt werden», fordert Walter Donzé in seiner letzten Session als Nationalrat.



Walter Donzé im Parlament.

EVP UNTERSTÜTZT ÖFFENTLICHE GESUNDHEITSKASSE

Die EVP unterstützt die Volksinitiative für eine öffentliche Gesundheitskasse. Sie macht die vielen Kassenwechsel und die Krankenkassenwerbung überflüssig.

(nh). Die Delegierten der EVP haben in Solothurn mit 75 zu 17 Stimmen beschlossen, die Volksinitiative für eine öffentliche Gesundheitskasse zusammen mit der SP und anderen Partnern zu lancieren. Sie will die Grundversicherung in einer öffentlichen Gesundheitskasse zusammenfassen, welche die Prämien pro Kanton aufgrund der tatsächlichen Kosten festlegt.

In der Diskussion war unbestritten, dass der Wettbewerb um die guten Risiken, der alljährliche Werbeaufwand um neue Kundinnen und

Kunden und die ineffiziente Verwaltung in den vielen Kassen ein Ärgernis ist. Die vielen Wechsel der Krankenkassen und die Provisionen an die Makler verursachten völlig unnötig Kosten. Hier wird die Einheitskasse für Einsparungen sorgen. Sie wird ihre Leistungen bezahlen und sich nicht um die in der Grundversicherung eigentlich festgelegten Leistungen drücken können, wie es heute einige der Kassen tun. Zudem wäre sie ein kompetenter Ansprechpartner für die Förderung von Ärztenetzwerken und der Qualität.

Sobald die Initiative lanciert ist und die Sammlung begonnen hat, wird der Bogen auf www.evpppev.ch heruntergeladen werden können.



Schluss mit dem Kassensalat in der Grundversicherung!

Keine weiteren Sonntagsverkäufe

Im Kanton Aargau wird das revidierte Arbeitsgesetz abgelehnt. Es hätte zwei weitere, frei wählbare Sonntagsverkäufe ermöglicht. Die EVP Kanton Aargau hat das Behördenreferendum ergriffen und das Komitee «Hände weg vom Sonntag» koordiniert.

Achtungserfolg für EVP Basel-Stadt

Die Mobilfunkinitiative der EVP Basel-Stadt wird abgelehnt, der Gegenvorschlag hingegen deutlich angenommen. Er berücksichtigt ihre Anliegen teilweise und will ebenfalls die negativen Folgen der Strahlung minimieren.

EVP will Uferwege

Die EVP Kanton Zürich hat eine Volksinitiative für durchgehende Uferwege an Gewässern lanciert.

Teenie-Prostitution

Die EVP will die Prostitution von Minderjährigen verbieten. Landrätin Sara Fritz im Kanton Basellandschaft, Kantonsrätin Regula Streckeisen im Kanton Thurgau und Grossrat Daniel Steiner-Brütsch im Kanton Bern reichen entsprechende Vorstösse ein.

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 17. Jahrgang, Nummer 3, September 2010. Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber:

EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evpppev.ch, www.evpppev.ch. Redaktion: Niklaus Hari; Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Joel Blunier, Walter Donzé, Gianni Gropello, Niklaus Hari, Maja Ingold, Manfred Kiener, Alex Kurz, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:

Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:

Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

AGENDA

Bettagskonferenz «Wie christlich ist die Schweiz?»

Am Samstag, den 19. September findet in Aarau die 6. Bettagskonferenz der EVP Schweiz zur Frage «Wie christlich ist die Schweiz?» statt. Mit Pfarrerin Claudia Bandixen, Jeff Fountain, Dr. Philippe Gonzalez, Nationalrätin Maja Ingold und Prof. Dr. Thomas Schlag. Melden Sie sich jetzt an unter www.evppev.ch > Aktuell > Bettagskonferenz.

Frauen nach Bern

Am Montag, den 20. September 2010 laden die EVP Frauen zu einer Begegnung mit den neuen Nationalrätinnen der EVP ein. Alle Frauen sind herzlich eingeladen. Melden Sie sich jetzt an zur Tagung der EVP Frauen unter www.evppev.ch > Partei > EVP Frauen.

NEUES AUS DER EVP

ADRESSEN SELBER VERWALTEN

Ein Wettbewerb für Standaktionen, die EVP-Adressverwaltung im Webbrowser und eine neue Beitrittserklärung in deutsch und französisch: Neues im EVP-Kiosk.

(nh). Gerne machen wir Sie auf einige Neuerungen seitens der EVP Schweiz aufmerksam.

Wettbewerb für Standaktionen

Mit Blick auf den Christustag ist ein Wettbewerb entstanden, der auch von den Sektionen für Standaktionen verwendet werden kann. An Orten mit grossem Publikumsauflauf können Wettbewerbskarten mit einem aufgedruckten, individuellen Code für einen Sofortpreis verteilt werden. So bringt man die Leute an den EVP-Stand, wo sie auf einem Plakat nachschauen können, ob sie einen dieser Preise gewonnen haben. Zusätzlich kann seine Adresse hinterlassen und die Karte in die

Urne werfen, wer an der Hauptverlosung teilnehmen möchte. In 3 Ziehungen im Oktober 2010, Mai 2011 und Oktober 2011 können je ein Reisegutschein von KULTOUR Ferienreisen, je ein Wellnesswochenende im Hotel Hari in Adelboden oder im Zentrum Ländli sowie je drei Einkaufsgutscheine beim PC- und Multimedia-Shop PCP.CH gewonnen werden. Schliesslich bekommt eine elektrische Salzmühle mit integriertem Licht, wer sich direkt am Stand zur EVP-Mitgliedschaft entscheidet. Wettbewerbskarten und Salzmühlen können beim Generalsekretariat bezogen werden. Die Teilnahme am Wettbewerb ist auch unter www.evppev.ch/wettbewerb möglich.

Adressen im Web verwalten

Seit April ist es möglich via Webbrowser auf die Adressverwaltung der EVP zuzugreifen und beispielsweise Änderungen vorzunehmen, Telefonnummern nachzuschauen oder die Adressen für Serienbriefe zu exportieren. Sichtbar sind nur jene Adressen innerhalb der eigenen Sektion (Stufe Ort, Bezirk oder Kanton). Voraussetzung ist der Besuch einer Einführung bei der EVP

Schweiz sowie ein persönlicher Zugang. Die nächste Schulung für Kurztentschlossene findet am 8. September in Bern statt. Sie werden laufend unter www.evppev.ch > Service > Schulungen ausgeschrieben. Weitere Infos unter www.evppev.ch/adressen.

Selbstverständlich können alle Änderungen im Zusammenhang mit Adressen weiterhin zur Erledigung ans Generalsekretariat gesandt werden. Auch Dienstleistungen wie Adresstiketten, -listen oder adressierte Couverts sind weiterhin bei Werner Rieder erhältlich (Tel. 031 351 71 71). Er nimmt auch Bestellungen für Werbematerial entgegen.

Neue Beitrittserklärung und -prämien

Unter dem Titel «mitmachen» bzw. «participez» liegt eine neue Beitrittserklärung in deutsch und französisch vor, die sich gestalterisch an die Imagebroschüre «mitten-drin» anlehnt und sich auf die wichtigsten Informationen beschränkt. Wie bis anhin kann das Neumitglied seinen Beitritt per Geschäftsantwortsendung kostenlos ans Generalsekretariat senden. Parallel dazu wurden auch die Beitrittsprämien neu aufgelegt. Neumitglieder können zwischen Gutscheinen von Brunnen Bibelpanorama, Profimusik oder Sam-Music wählen oder ein Miniabo von ideaSpektrum oder Christianisme Aujour'd'hui bestellen. Die Beitrittsprämien können unter www.evppev.ch/pramien eingesehen werden.

Anzeige

Reisehits 2011



Kreuzfahrt in den Norden

4.-18. Juni mit J. & E. Wirth & Team
Norwegens Wunderwelt der Fjorde mit Lofoten, Nordkap und Spitzbergen. Atemberaubende Natur!



Landwirtschaft in Israel

4.-13./17 Februar mit H.-J. Bischof
Entdecken und erleben Sie Israel und die blühende und dynamische Landwirtschaft Israels



Auf dem Jakobsweg

9.-17. April mit René Meier, Pfarrer
Den Jakobsweg komfortabel entdecken mit Bus und zu Fuss. Wahlprogramm für Wanderungen!



Israel-Reisen à la Carte

3.-13/17.4., Bibl. Landschaften mit W. Lerrick
24.4.-5./9.5., Erlebnis-Reise mit U. Stettler
9.-20.5., Israel einmal anders mit J.&E. Wirth



Rhein-Flusskreuzfahrt

23.-30. August mit ERF Medien
Auf dem romantischen Rhein, Main & Mosel. Gemütliche Flussfahrt in malerischen Landschaften



Prospekte bei: KULTOUR Ferienreisen, Tel. 052 235 10 00
info@kultour.ch / www.kultour.ch

TERMINE

- | | |
|--------------------|---|
| 18. September 2010 | EVP Schweiz: Bettagskonferenz |
| 20. September 2010 | EVP Frauen: Besuch des Bundeshauses |
| 26. September 2010 | Volksabstimmung |
| 20. November 2010 | EVP Schweiz, Murten
Delegiertenversammlung und Zentralvorstand |
| 27. November 2010 | EVP Schweiz, Aarau
Jahresanlass «Club1000» |
| 28. November 2010 | Volksabstimmung |
| 4. Dezember 2010 | Strategietag |

SEKTIONEN

Neugründungen

EVP Bezirk Zurzach: Erster Präsident der neuen EVP Bezirk Zurzach ist Philipp Germann.

EVP Chläggi: die erste Regionalpartei der EVP Kanton Schaffhausen ausserhalb der Stadt. Präsident ist Hugo Bosshart.

PEV Arve: Auch in Genf sind mehrere Regionalparteien geplant. Die erste ist die PEV Arve, Präsident ist André Kasteler.

EVP Pratteln: In Pratteln wurde die EVP reaktiviert. Neuer Präsident ist Remo Thalmann.

EVP Bubikon: Thomas Illi präsidiert die neue EVP-Sektion im Zürcher Oberland.



En vue de remplacer la coordinatrice actuelle qui a accepté un nouveau défi professionnel, le secrétariat général du PEV Suisse cherche, pour le 1er novembre 2010 ou à convenir, son

Coordinateur/-trice Romandie (40%)

La description du poste entière se trouve sur www.evpev.ch > Contact > Postes de travail.

ZUERCHER WAHLEN

NEUE GESICHTER FÜR DIE EVP

Mark Wisskirchen in Kloten, Maja Müller in Adlikon b. Andelfingen und Richard Weber in Hettlingen geben der EVP in ihrer Gemeinde neu ein Gesicht.

(nh). Am 25. April haben die letzten Zürcher Gemeinden ihre Behörden gewählt. In **Bülach** wird Mark Eberli wieder in den Stadtrat gewählt. Im Parlament ist die EVP neu mit 3 Sitzen vertreten (minus 1). Gewählt sind Stefan Schnegg, Simone Fischer und Julia Pfister. Brigitte Boller und Marianne Heimgartner werden als Gemeindepräsidentinnen von **Bertschikon** bzw. **Bauma** bestätigt. Neu in der Exekutive ist die EVP in **Hettlingen** (mit Richard Weber), in **Adlikon b. Andelfingen** (mit Maja Müller) und in **Kloten** (mit Mark Wisskirchen, für ihn rutscht Thomas Zollinger in die dreiköpfige Vertretung im Gemeinderat nach).

Als Gemeinderätinnen und -räte werden wiedergewählt: Elisabeth Marzorati in **Bäretswil**, Daniel

Baldenweg in **Gossau ZH**, Hanspeter Hugentobler in **Pfäffikon ZH** (Schulpräsident), Esther Kaufeld-Rüdisühli in **Rüti ZH**, Erna Brüngger in **Turbenthal**, Ruedi Rüfenacht in **Wetzikon** und Kurt Nüesch in **Zell**. Leider nicht verteidigen kann die EVP den Exekutivsitzen in **Seuzach** (Barbara Maurer).



Mark Wisskirchen, neu Stadtrat in Kloten

PERSONEN



Melanie Beutler neu im Grossen Rat

Für Marianne Streiff (Wechsel in den Nationalrat) nimmt Melanie Beutler-Hohenberger Einsitz im Berner Grossrat. Die 33-jährige Mutter ist Gemeinderätin in Mühlethurnen. Das Fraktionspräsidium hat neu Niklaus Gfeller inne, Grossrat und Gemeindepräsident von Worb.

Neu im Amt

Ostermundigen: Nach zwölf Jahren im Gemeinderat von Ostermundigen tritt Ursula Norton zurück. Nachfolger wird Gerhard Baumgartner, Präsident der EVP Kanton Bern.

Wil SG: Roman Rutz, Co-Präsident der *jev Schweiz, ersetzt Peter Hauser im Wiler Parlament.

Vechigen: Thomas Stöckli nimmt Einsitz in der neu geschaffenen Bildungskommission.

Lützelflüh: EVP-Gemeinderat Beat Iseli ist seit Anfang Jahr Gemeinderatspräsident.

Neu im Präsidium

Pfäffikon ZH: Ursula Longatti wird Nachfolgerin von Christoph Frei. Neu im Vorstand ist der frühere Gemeinderat Daniel Sigris.

Zürich: Claudia Rabelbauer wird Präsidentin der EVP Stadt Zürich (für Peter Ritschard).

Bezirk Arbon: Doris Günther präsidiert neu die EVP Bezirk Arbon und löst Kantonalpräsidentin Regula Strecken ab.

Region Oberaargau: Für Reto Steiner übernimmt Heinz Dätwyler ad interim das Präsidium der EVP Region Oberaargau.

Riehen-Bettingen: Neuer Co-Präsident der EVP Riehen-Bettingen wird Philipp Ponacz an der Seite von Herbert Streit. Er löst Annemarie Pfeifer ab (neu in der Exekutive).

MITARBEITERINNEN

ENGAGIERT IN DER EVP

Silvia Hyka, Coordinatrice romande der EVP Schweiz, nimmt eine neue berufliche Herausforderung an; Therese Dietiker, Parteisekretärin der EVP Kanton Aargau hat ebenfalls gekündigt und Tania Woodhatch wird Jugendsekretärin der EVP Kanton Zürich.

(nh). Silvia Hyka, seit 2005 Coordinatrice romande der EVP Schweiz verlässt die EVP per 1. Oktober und wird Generalsekretärin der Behindertenorganisation insieme Vaud. Mit ihrer engagierten Art hat Hyka den Aufbau in der Romandie we-

sentlich mitgeprägt. Nun sucht die EVP eine Nachfolgerin/einen Nachfolger (vgl. Inserat auf dieser Seite). Ebenfalls gekündigt hat Therese Dietiker, seit 10 Jahren Parteisekretärin der EVP Kanton Aargau. Die EVP dankt beiden Frauen herzlich

für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit. Neu für die EVP arbeitet Tania Woodhatch: sie hat per 1. August die neu geschaffene Stelle als Jugend- und Aufbau-sekretärin der EVP Kanton Zürich angetreten (Teilzeit).



Silvia Hyka



Therese Dietiker



Tania Woodhatch

Gianini Gropello



LETZTE SESSION VON WALTER DONZÉ

(nh). Nach 10 Jahren im Nationalrat tritt Walter Donzé auf den Beginn der Herbstsession zurück. Seine Nachfolgerin wird Grossrätin Marianne Streiff aus Oberwangen (BE). Unser Bild zeigt die kleine Delegation, welche Walter Donzé

am letzten Tag der Sommersession nach den Schlussabstimmungen verabschiedet hat: Kantonalpräsident Gerhard Baumgartner und seine Frau Christine, beide in wunderschöner Tracht, links die neue Nationalrätin Maja Ingold, welche zu-



Donzés Nachfolgerin:
Marianne Streiff

sammen mit Walter für gerade mal eine Session die EVP-Vertretung im Nationalrat gebildet hat, hinten Generalsekretär Joel Blunier und der Geschäftsführer der EVP Kanton Bern, Gallus Tannheimer.

Bemerkenswert auch die Laudatio von Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer am 18. Juni. Ein Auszug: «Stets kompetent, sachlich und glaubwürdig, setzte sich Walter Donzé in diesem Rat für das Gemeinwohl und für gute, tragfähige Lösungen ein. Im Zentrum seiner politischen Arbeit stand und steht die Überzeugung, dass klare Werte und eine christliche Grundhaltung das Fundament für das gesellschaftliche Zusammenleben bilden. (...) Speziell war sein Votum in der Ratsdebatte zur Wirtschaftskrise vom März 2003, das er in Gedichtform vortrug. Es endete mit den Zeilen:

*Und die Moral von der Geschichte:
Allein mit Fordern geht es nicht
Wir fordern hier ein neues Denken
Bescheidenheit könnt vieles lenken.*

Bescheidenheit, Verantwortungsbewusstsein, Fairness, Nächstenliebe – diese Werte sind für Walter Donzé Leitsterne. Neben seiner Tätigkeit als Parlamentarier stellte er seine Schaffenskraft stets auch zahlreichen gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung.»

Auch sein Rücktrittsschreiben verfasste Walter Donzé in Versform (siehe nebenan). Die EVP hatte in ihm einen engagierten und glaubwürdigen Nationalrat, der in all den Jahren vor allem eines immer wieder zeigte: dass er sein Herz auf dem rechten Fleck hat. So sah es auch Ratskollege Andi Gross (SP), welcher auf der letzten Präsenzliste, welche Walter unterschreiben musste und gerne wenigstens mit einem Ausrufezeichen geschmückt hätte, spontan ein Herz hinmalte.

POLIPOET

Aus Walter Donzés Rücktrittsschreiben

*«Ein Berner namens Donzé Walter erreicht nun bald besagtes Alter,
Wo man mit etwas Wehmut und mit Witz an jemand anders überträgt
den Sitz. / Er sei, sagt man, kein Sesselhalter.*

*Zehn Jahre reichten, um zu merken, dass in der Politik mit kleinen
Werken / Statt bloss mit salbungsvollen Worten Hand anzulegen ist an
allen Orten. / So sei die Demokratie zu stärken.*

*Auch wenn's ihm länger tät gefallen, verlässt er aufrecht diese Hallen,
In denen Emotionen sieden und man sich wieder findet in Frieden –
Das sei, sagt Walter, das Verdienst von allen.*

*Nun macht er Platz, dass die Fraktion verjüngt durch feminine Aktion
Sich rüsten kann für künftige Taten und einbringt in gezielten Raten
Zum Wohle unserer Nation.*

*Bewegung hält bekanntlich schlank, so fand auch er bisher den Rank.
Statt eitel nach Effekten haschen und heimlich an der Macht zu
naschen / Empfiehlt er als Rezept den Dank.*

*Das sei auch besser als Gejammer und Drohung mit dem
Vorschlaghammer. / Zehn Jahre zogen hin im Flug, das sei für ihn jetzt
auch genug. / Sehn wir uns wieder – in der kleinen Kammer?»*